

„Es ist eine nationale Schande“

Oliver Vitouch, neuer Chef der **Universitätenkonferenz**, spricht sich für zusätzliche Aufnahmeverfahren aus, etwa in den Erziehungswissenschaften. Der SPÖ wirft er vor, mit ihrer Hochschulpolitik an Konzepten der 70er-Jahre festzuhalten.

INTERVIEW: Lisa Kogelnik

STANDARD: *Wie alle Ihre Vorgänger fordern auch Sie mehr Geld für die Universitäten. Was werden Sie anders machen, damit das tatsächlich auch fließt?*

Vitouch: Eine wesentliche Frage ist, wie die Besserdotierung der Universitäten im Bundesfinanzrahmen abgebildet werden kann, derzeit ist das nicht der Fall. Es wurden vor allem die Sicherheitsressorts bedacht, was aktuell ein bisschen populistisch scheint. Wir wollen, dass zwei Prozent des BIPs in den tertiären Sektor fließen. Es sollte zumindest ein Etappenpfad zur Erreichung dieses allseits anerkannten Ziels ausgearbeitet werden, derzeit liegen wir bei 1,5 Prozent. Die österreichischen Universitäten haben das Zeug dazu, internationale Spitzenleistungen zu erbringen. In der Forschungsleistung, in der Qualifikation unserer Absolventen bis hin zum Wettlauf um Nobelpreise. Im Moment haben wir dazu aber nicht die Spielregeln. Solange man das nicht ändert, werden die Ergebnisse in den Rankings ernüchternd bleiben. Es ist eine nationale Schande, dass die Politik nicht dafür sorgt, dass wir über bessere Forschungs- und Lehrbedingungen verfügen.

STANDARD: *Rektoren haben in der Vergangenheit mit der Schließung überlaufener Studiengänge gedroht. Ist das auch für Sie denkbar?*

Vitouch: Wenn wir nicht bessere finanzielle Grundlagen und seriöse Zugangsregeln bekommen, dann wird man darüber nachdenken müssen, was die Universitäten in Eigenregie umsetzen können. Aber das ist nur die drittbeste Möglichkeit, relativ zu einer Veränderung des Systems. Wir wollen in der Lage sein, unseren Kapazitäten gemäß, seriöse Aufnahmeverfahren zu betreiben. Natürlich wären dann Begleitmaßnahmen wichtig, um die Durchlässigkeit zu verbessern. Bisher hat man so getan, als würde die unsichtbare Hand des freien Zugangs in der besten aller Welten alles wunder-



Oliver Vitouch hält den freien Hochschulzugang für überholt. Es brauche neue Konzepte, sagt der Rektor.

Foto: Newald

bar wie von selbst regeln. Wir wissen aber: Das ist nicht der Fall.

STANDARD: *Sie gelten als SPÖ-nah ...*

Vitouch: Irgendwann wünsche ich mir eine Definition des Satzes: Sie gelten als SPÖ-nah.

STANDARD: *Sie haben etwa die SPÖ-Kandidatin für das Bürgermeisteramt in Klagenfurt unterstützt.*

Vitouch: Das ist richtig. Es gab aber nur zwei Personen (neben der SPÖ-Kandidatin Maria-Luise Mathia-

schutz den FPÖ-Kandidaten Christian Scheider, Anm.), die Chancen hatten in die Stichwahl zu kommen. Da schien mir das die bessere Alternative zu sein.

STANDARD: *Jedenfalls haben Sie die SPÖ dazu aufgefordert, sich unpolitisch nicht länger auf alten Erfolgen auszuruhen. Muss die heilige Kuh freier Hochschulzugang geschlachtet werden?*

Vitouch: Große Teile der SPÖ halten beim Hochschulzugang an

einem Konzept fest, das in den 70er-Jahren sicherlich das richtige war. Mit der Veränderung der Bedingungen, nämlich der zunehmenden Zahl an Studierenden und der Vergrößerung des ganzen Sektors, sind das aber nicht mehr die richtigen Antworten. Im Bereich der Finanzierung habe ich eher den Eindruck, dass es die ÖVP ist, die bremst.

STANDARD: *Wenn die Studienplatzfinanzierung nicht kommt, in wel-*

chen Fächern wären Sie für neue Aufnahmeverfahren?

Vitouch: An der Universität Wien gibt es in diversen Fächern, zuvorderst in den Sozialwissenschaften, Probleme. An der Boku sind die Probleme wiederum ganz anders gelagert. Und in manchen Fällen, etwa den Erziehungswissenschaften, haben wir bundesweit ein Problem.

STANDARD: *Sie sind an Ihrer Universität bei einer Störaktion der Identitären angegriffen worden. Die Bewegung erinnert Sie an die Frühzeit der SA. Wie kann man diese rechts-extremen Strömungen aufhalten?*

Vitouch: Man muss dem mit der nötigen Entschlossenheit entgegenreten, ohne in besondere Unruhe zu verfallen. Man darf diesen Störaktionen keine Bühne bieten. Was passiert ist, ist inakzeptabel. Auch wenn es als vermeintlich friedlicher Protest oder angeblich kreative Kunstaktion daher kommt. Das ist eine plumpe Verkapplung dessen, was bezweckt wird.

STANDARD: *Und das ist?*

Vitouch: Es sind hochproblematische bis hin zu verfassungsfeindlichen Botschaften, die da transportiert werden. Diese Lehrveranstaltung wurde mit Bedacht ausgewählt. Es waren dort nicht nur Studierende, sondern auch Flüchtlinge und deren Kinder. Der Zweck eines solchen Auftritts ist, zu signalisieren: Ihr seid hier nicht sicher. Die Argumentation, dass es sich um kreativen Protest handeln würde oder dass das Logo der Identitären und das Fahnen- geschwinge rein gar nichts mit der Vergangenheit zu tun hätte, ist Mumpitz. Ich bin diesbezüglich ein großer Freund des Ententests: If it looks like a duck and walks like a duck and quaks like a duck, it is a duck.

OLIVER VITOUCH (45) ist Rektor der Uni Klagenfurt. Der Psychologe ist seit Juni Präsident der **Universitätenkonferenz**. Er ist Nachfolger der neuen Bildungsministerin Sonja Hammerschmid.

KURZ GEMELDET

Kritik an Einfluss der Länder auf Schulbehörden

Wien – Der Rechnungshof (RH) übt Kritik am Einfluss der Länder auf die Landesschulräte, die dem Namen zum Trotz Behörden des Bundes sind. So würden dort ohne gesetzliche Grundlage Landesbedienstete eingesetzt oder „rechtlich problematische Zuwendungen“ an Bundesbedienstete bezahlt. 65 Landesbediensteten fehle die Rechtsgrundlage für ihre Beschäftigung. (APA)

Verfahren gegen Mathiaschitz eingestellt

Klagenfurt – Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat die Ermittlungen gegen die Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) eingestellt. Die WKStA bestätigte einen Bericht der *Kleinen Zeitung*, wonach kein strafbares Verhalten bei der Vergabe eines Fernwärmevertrags festgestellt werden konnte. (APA)

ÖH: VSSStÖ-Vertreterin rückt an die Spitze

Wien – Mit der 25-jährigen Lehr- und Jusstudentin Lucia Grabetz rückt wieder eine Vertreterin des Verbands Sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ) an die Spitze der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH). Man arbeite aber in der linken Koalition weiter als „Vorsitzteam“ zusammen. (APA)

Mehrheit mit demokratischem System unzufrieden

Umfrage: Ein Drittel vermutet Manipulation bei Wahl

Conrad Seidl

Wien – „Sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in Österreich funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden?“ Diese Frage legte der Politologe Peter Hajek im Auftrag des ATV Österreich Trend 700 repräsentativ ausgewählten Wahlberechtigten vor – und nur jeder 20. Befragte sagte, er wäre sehr zufrieden. 36 Prozent aber sagten, sie wären weniger, 18 Prozent, sie wären gar nicht zufrieden.

Diese 54-Prozent-Mehrheit der weniger oder gar nicht Zufriedenen (gegenüber 43 Prozent überwiegend oder völlig mit der Demokratie Zufriedenen) bestätigt im Vergleich der Umfragen seit 2009 einen Trend: Seit Jahren ist der Großteil mit dem demokratischen System unzufrieden.

Die größte Unzufriedenheit äußerten bekennende Freiheitliche: Von ihnen sind 38 Prozent gar nicht zufrieden, weitere 41 Prozent bezeichnen sich als „weniger zufrieden“. Höher gebildete und jüngere Befragte äußern überdurchschnittlich hohe Zufriedenheit. Dort sowie bei ÖVP-Wählern gibt es deutlichere Mehrheiten der Zufriedenen.

„Die Menschen in Österreich sind mit dem Zustand des demokratischen Systems und der empfundenen Gerechtigkeit unzufrieden. Die Anfechtung zur Präsidentenwahl und die damit aufgezeigten Probleme im Wahlgesetz tragen sicher nicht zur Verbesserung der Stimmung bei. Die größte Bruchlinie in der Gesellschaft stellt die Bildung dar“, analysiert Studienautor Hajek.

Bildungsgrad entscheidend

Die Frage zur Präsidentschaftswahl ist hart formuliert: „Würde die Wahl zum Nachteil von Hofer ganz bewusst manipuliert?“ Sie findet trotzdem bei einem Drittel Zustimmung. Zwar sind nur 14 Prozent felsenfest davon überzeugt, weitere 19 Prozent können diesem Vorwurf etwas abgewinnen. Nur 35 Prozent erklären, dass die Wahl nicht manipuliert worden ist, jeder Vierte sagt „eher nicht“.

Klar von der Manipulation überzeugt sind FPÖ-Wähler: 72 Prozent glauben an eine bewusste Manipulation, jeder dritte FPÖ-Anhänger ist sich sogar ganz sicher. Auch hier zeigt sich, dass höher gebildeten Menschen mehr Vertrauen haben als die bildungsferne Schicht.

Briefwahl wird in Salzburg schon am Wahltag ausgezählt

Belastung für Wahlbeisitzer in großen Gemeinden

Stefanie Ruep

Salzburg – Die Anfechtung der Bundespräsidentenwahl hat eine Debatte über die Briefwahl und den Zeitpunkt der Auswertung losgetreten. Bei Reformvorschlägen wird gerne auf Nachbarländer wie die Schweiz verwiesen, doch braucht man gar nicht so weit schauen. Auch in Österreich werden Briefwahlstimmen bei Bürgermeister-, Gemeinde- und Landtagswahlen bereits am Wahltag ausgewertet, sodass das Endergebnis am selben Tag feststeht. Wie etwa in Salzburg.

Die ausgegebenen Wahlkarten sind an die jeweilige Gemeindewahlbehörde adressiert und werden noch am Wahltag in den Gemeinden ausgezählt, erläutert der Leiter der Salzburger Landeswahlbehörde, Michael Bergmüller. Dazu bestimmt die Gemeindewahlbehörde einen Sprengel, in dem die Briefwahlstimmen ausgewertet werden.

In diesem Sprengel werden nach Wahlschluss alle Briefwahlkarten vom Gemeindevahlleiter übergeben und geöffnet. Die darin enthaltenen Kuverts werden in einer Urne mit den Kuverts der im Wahllokal abgegebenen Stimmen vermischt. Somit gibt es kein eigen-

nes Briefwahlergebnis. Bei der Landtagswahl 2013 und den Kommunalwahlen 2014 habe das gut funktioniert, erklärt der Leiter der Landeswahlbehörde.

Aber: „Für große Gemeinden ist das eine große Belastung.“ Durch die steigende Zahl an Briefwählern seien das Versenden der Wahlkarten und die Auszählung ein großer Aufwand.

„Einige stoßen da schon an ihre Grenzen – personell und faktisch“, sagt Bergmüller. Zudem seien nicht alle Wahlbeisitzer dazu bereit, zehn Stunden mitzuarbeiten. Ohne Hilfskräfte aus den Behörden gehe es bei großen Gemeinden nicht. Die Ergebnisermittlung verzögere sich zwar, aber der Vorteil dieser Herangehensweise sei, dass es eben am Wahltag schon ein Endergebnis gebe.

Keine Auslandsösterreicher

Ob dieses Verfahren auch für Bundeswahlen eine praktikable Lösung sei? „Die Anforderungen etwa bei der Bundespräsidentenwahl sind etwas anders. Der Vorteil beim Landes- und Gemeindevahlrecht ist, dass keine Auslandsösterreicher zu berücksichtigen sind. Das würde die Administration noch aufwendiger machen“, sagt der Landeswahlleiter.